

# Monitoring

## (Extrem) rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement **Nr.9**

### Vorwort

**Einordnung des Mobilien Beratungsteams gegen  
Rechtsextremismus Hamburg zu den Hamburger  
Montagsdemonstrationen**  
vom MBT Hamburg

3

**Ladenschluss: Thor-Steinar-Laden in Barmbek  
geschlossen**  
vom MBT Hamburg

4

**Jalta: Selbstermächtigung –  
Desintegration – Allianzen**  
von Hannah Peaceman und Lea Wohl von Haselberg

6

**Denk-Male des Rassismus –  
Was war und ist der NSU**  
von Dan Thy Nguyen und Lee Hielscher

8

**Blitzlichter Rechts**

13

**Vermischtes**

14

**In Hamburg ist die Zahl der rechten Straftaten, die von der Polizei erfasst wurden, im letzten Quartal 2017 auf 83 gestiegen. Im Quartal zuvor waren es 53, im letzten Quartal 2016 waren es 68 Straftaten. Nicht alle Fälle, die uns beschäftigen, erscheinen in dieser Statistik.** Am 17.12.2017 detoniert an der S-Bahn Veddel ein Sprengsatz. Der Tatverdächtige Stephan K. ist kein Unbekannter. 1992 wurde der Neonazi wegen Totschlags verurteilt. Zusammen mit Stefan S. hatte Stephan K. den 53jährigen Gustav Schneeclaus am 18. März 1992 in Buxtehude so schwer verprügelt nachdem dieser Hitler als größten Verbrecher bezeichnet hatte dass Gustav Schneeclaus im Krankenhaus an den Verletzungen starb.

Die Hamburger Medien umschrieben Stephan K. nach dem Anschlag auf der Veddel verharmlosend als „Ex-Nazi“ oder „Trinker“, auch der Sprengsatz wurde unter Rückgriff auf rassistische Begrifflichkeiten bagatellisiert. Dass rechte Angriffe nicht als politisch motivierte Straftaten verstanden, sondern als „Ausfälle“ alkoholisierter Einzelner dargestellt werden, geschieht nicht selten. Dazu gehört auch das Verschieben solcher Täter\_innen an einen vermeintlichen Rand der Gesellschaft. Norddeutschland und Hamburg haben eine lange Tradition von rechtem Terror und damit verbunden auch eine von Verharmlosung, Bagatellisierung und des Vergessen-machens. Der Anschlag auf der Veddel belegt dies erneut.

Der fehlenden Erinnerungskultur in Bezug auf rechten Terror widmet sich ein Beitrag dieses Monitoring-Berichts. Dan Thy Nguyen und Lee Hielscher fragen in „Denk-Male des Rassismus. Was war und ist der NSU?“ danach, wie sich ein Gedenken des NSU-Terrors gestalten kann. Anhand von künstlerischen Formen der gesellschaftlichen Verarbeitung diskutieren sie ein Theater des Gedenkens an rassistische Pogrome und Morde, das Raum schaffen kann für eine Auseinandersetzung mit den marginalisierten Perspektiven von Betroffenen rechten Terrors.

Die Monitoring-Berichte des MBT Hamburg beobachten die Organisations- und Aktionsformen der (extremen) Rechten genauso wie die ausgrenzenden Artikulations- und Ausdrucksformen der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Ziel ist es, Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte, rechtspopulistische und ausgrenzende Strukturen in Hamburg, aber ebenso über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen Akteur\_innen eine Stimme geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen.

Einer in der Dominanzgesellschaft fehlenden Perspektive widmet sich die Zeitschrift „Jalta – Positionen der jüdischen Gegenwart“, die in einem Beitrag von Hannah Peaceman und Lea Wohl von Haselberg vorgestellt wird, die beide Redaktionsmitglieder und Mitbegründerinnen der Zeitschrift sind. In den bisher erschienenen Ausgaben mit den Themenschwerpunkten Selbstermächtigung und Desintegration, die Dritte Ausgabe zum Thema Allianzen erscheint im April 2018, entwickelt die Zeitschrift ein Forum für jüdische Perspektiven, die sich den dominanzgesellschaftlichen Vorstellungen von Jüdinnen und Juden entziehen und eine positionierte politische Praxis gegen Antisemitismus formulieren. Die Zeitschrift macht jüdische Vielfalt und jüdischen Dissens sichtbar und versucht damit Multiperspektivität zu fördern, indem durch Sichtbarkeiten Raum für geteilte oder ähnliche Erfahrungen ermöglicht wird.

Auch in diesem Monitoring-Bericht werfen wir in den Blitzlichtern wieder einen Blick auf extrem Rechte Aktivitäten in Hamburg. Wir enden mit der Rubrik Vermischtes, in der sich Hinweise auf spannende Literatur, Broschüren, Projekte und Veranstaltungen finden.

Wer Interesse an weiteren Informationen und Hinweisen hat, kann dem MBT Hamburg unter @mbt\_hamburg auch auf Twitter folgen.

Doch zunächst nehmen wir in diesem Monitor einen thematischen Faden aus der letzten Aufgabe erneut auf, denn der Thor Steinar-Laden, der im März 2017 in Barmbek eröffnete, wird schließen. Vor Gericht wurde eine Weitervermietung der Ladenfläche untersagt. Damit scheitert auch dieser Versuch, in Hamburg einen solchen Laden zu etablieren. Da es nicht das erste und vermutlich auch nicht das letzte Mal gewesen sein wird, dass ein solcher Versuch unternommen wird, werfen wir einen Blick auf diese Entwicklung, denn in Barmbek zeigt sich, wie wichtig die Kombination unterschiedlicher Strategien war, den rechten Laden zu verhindern. Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen rechte, rassistische, antisemitische oder völkische Ideologien zeigt sich in Hamburg derzeit auch jeden Montag. Seit Anfang Februar 2018 wird jeden Montag unter dem Motto „Merkel muss weg“ aus verschiedenen rechten Spektren zu Demonstrationen in der Hamburger Innenstadt aufgerufen. Und so beginnt dieser Monitor mit einer Einschätzung des MBT zu den sogenannten Montagsdemonstrationen in Hamburg.

MBT Hamburg, März 2018

# Einordnung des Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus zu den Hamburger Montagsdemonstrationen

vom MBT Hamburg

Nicht Angst vor dem Zusammenfall eines vermeintlichen christlichen Abendlandes, nicht „bürgerliche Sorge“, nicht „Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit“, sondern eine rassistische, antisemitische und völkisch-nationalistische Ideologie vereint die Demonstrationsteilnehmer\_innen der Hamburger Montags-Demonstrationen.

Die PEGIDA-Demonstrationen in anderen Großstädten wie z.B. Dresden oder Duisburg geben Einblick in die Struktur und Funktion solcher Montagsaufmärsche, die sich selbst als „friedlich“ bezeichnen. Es ist nicht allein erheblich ob die Unterstützer\_innen dieser Proteste in als rechtsextrem eingestuften Gruppen wie der Identitären Bewegung, der Sektion Nordland oder der NPD zugehörig sind. Nicht zuletzt ist das was zählt, die geteilte und besorgniserregende Haltung, die durch alle Demonstrationsteilnehmer\_innen der Hamburger Montagsproteste auf die Straße getragen werden. Es ist eine völkische Eingruppierung in „die Anderen“ und „Wir“ und eine pauschale Hetze gegen alles was nicht zum „Wir“ gemacht wird.

Für die extrem rechte Szene erfährt die Versammlung ihre Bedeutung auch dadurch, dass sie die Möglichkeit zu Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit unterschiedlicher Milieus bieten – dieser Effekt findet ebenfalls im Hintergrund, in den Vor- und Nachbereitungen, statt. Dadurch lässt sich auch das überregionale Interesse und die Präsenz verschiedener Akteur\_innen aus der Metropolregion Hamburg und aus umliegenden Bundesländern erklären.

In Bezug auf die politische Wirkung darf nicht unterschätzt werden, welche symbolische Bedeutung und damit Gewalt von der regelmäßigen innerstädtischen Platzbesetzung ausgeht und dies an gerechtfertigten Ängsten, Befürchtungen, Wut und Ärger gleichermaßen auslöst - besonders auch bei denjenigen, die der rassistische und antisemitische

Diskurs der Rechten adressiert. Die Präsenz und Raumnahme dieser Akteur\_innen und Ideologien stellt an sich Gewalt dar. Es gibt viele Verbindungslinien, der dort formulierten Einstellungen und Argumentationsfiguren, zu der Welle rassistischer und antisemitischer Gewalttaten<sup>1</sup> und deren Motive, die ihre wechselseitige Dynamik mit dem Auftreten in der Hamburger Innenstadt finden. Hier kann leider damit gerechnet werden, dass ein gesamtgesellschaftlicher Resonanzboden dafür existiert, der durch solche Aktivitäten in Schwingungen versetzt wird und seine Wirkung auch im Alltag massiv entfaltet.

Umso wichtiger ist es, dass es eine gesellschaftliche Reaktion gibt; durch zivilgesellschaftliche Spektren und in der medialen Berichterstattung; eine Verantwortung übernommen wird, die rassistischen, antisemitischen und völkischen Inhalte nicht unkommentiert stehen zu lassen bzw. widerzugeben - damit ein gesellschaftlicher Diskurs, nicht noch weiter nach rechts verschoben wird.

Unverantwortlich ist hingegen der Versuch, Gegenprotest und Widerstand zu delegitimieren und als Teil des Problems hinzustellen. Die letzten Jahre in Hamburg haben gezeigt, dass es nicht allein, zumindest aber vor allem ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement war, das dafür gesorgt hat, rassistische Aufmärsche zu verhindern oder einzugrenzen.

Hamburg, 06.03.2018

<sup>1</sup> In den letzten Jahren begegnet uns in der Beratungspraxis ein massiver Anstieg und Verschärfung rechter Gewalt und verbaler so wie nonverbaler Übergriffigkeit, wobei die Informationen, die uns erreichen nur als eine Spitze des Eisberges angesehen werden kann und von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Auch in unserer Bildungsarbeit gibt es ein Erschrecken über die eigene Abstumpfung gegenüber rassistischer und antisemitischer Äußerungen so wie Haltungen.

# Ladenschluss: Thor-Steinar-Laden in Barmbek geschlossen

vom MBT Hamburg

Am 3. März 2017 eröffnete in der Fuhlsbüttler Straße 257 unter dem Namen Nordic Company das Geschäft, in dem Kleidung der Marke Thor Steinar verkauft wurde. Zehn Monate später, im Januar 2018, hängt endlich ein Banner mit der Aufschrift „...totaler Räumungsverkauf – Alles muss raus!!!“ am Laden. Der Mietvertrag für das Geschäft läuft bis Ende des Januars 2018 aus und damit endet auch dieser Versuch, in Hamburg einen Laden zu etablieren, in dem der Verkauf der Kleidung der Marke Thor Steinar nur ein Aspekt des Geschäftsbetriebs ist.

In diesem Beitrag wollen wir zunächst auf die Bedeutung solcher Läden für die extrem Rechte eingehen, um dann zu umreißen, welche Strategien in Hamburg zum Ladenschluss geführt haben.

## Rechte Läden sind rechte Strukturen

Der Großteil des Umsatzes durch die Marke Thor Steinar wird im Internet durch Onlineshops erzielt.<sup>1</sup> Hinter der Marke stehen Firmen mit den Namen MediaTex GmbH, Protex GmbH und Skytec Outlets GmbH, die die Textilien der Marke Thor Steinar herstellen lassen und vertreiben. Diese Firmen sind es auch, die dann als Mieterinnen für Ladenflächen auftreten und Verträge abschließen. So auch in Hamburg. Wenn wir uns nun den Laden in Barmbek anschauen, ließ allein schon die Ladengestaltung vermuten, dass es nicht oberste Priorität war, gewinnbringend Kleidung zu verkaufen.

Es entstand der Eindruck, als habe sich die Geschäftsleitung darauf eingestellt, nicht einladend zu wirken. Von außen war der Laden nicht einsehbar. Die Scheiben waren verklebt mit zunächst großflächigen ma-

ritimen Bildern von Segelschiffen, später mit Abbildungen aus dem Katalog der Marke, vermutlich weil sich Kritik am Laden auch in Form von Graffitis auf den Fenstern ausdrückte. Wer den Laden betreten wollte, ging durch eine Sicherheitsschleuse, so dass auch dann, wenn die Türe geöffnet wurde, ein Einblick in das Geschäft verwehrt wurde. Über dem Eingang war eine Kamera zur Überwachung angebracht.

Solche Läden sind für die extrem rechte Szene strategisch relevant. Der wirtschaftliche Aspekt verkaufter Kleidung kann als zweitrangig angesehen werden. Vielmehr geht es darum, rechte Positionen in der Öffentlichkeit zu platzieren und damit zu normalisieren. Mit dem öffentlichen Platzieren der Symbole (Runen für völkische Symbolik, Wehrmachtsglorifizierung, Kolonialismusbezüge ...), die auf der Kleidung der Marke Thor Steinar verwendet werden, wird auch an einer Diskursverschiebung gearbeitet.

Versuche, rechte Läden in und um Hamburg zu etablieren, gab es bereits einige, etwa in der Talstraße auf St. Pauli (2005), in Borgfelde (2007), in der Hamburger Innenstadt (2008), in Glinde (2011), in Norderstedt (2016) und eben zuletzt in Barmbek.

Im Umfeld solcher Läden kam es immer zu Angriffen auf Anwohner\_innen, Passant\_innen und Kritiker\_innen. Diese Läden sind einerseits Treffpunkt für extrem rechte Ideolog\_innen und andererseits auch Anlaufpunkt für Interessierte. Sie sind zentraler Bestandteil extrem rechter Strukturen. Aus unserer Beratungspraxis wissen wir, dass sich solche Läden auf unterschiedlichen Ebenen auswirken. Ein solcher Laden in der Stadt oder sogar in der unmittelbaren Nachbar\_innenschaft kann sowohl Verunsicherung, Ängste, Wut und Fragen auslösen als auch Auseinandersetzung und Engagement dagegen hervorrufen. Im

<sup>1</sup> Im letzten Monitor Nr. 8 findet sich ein Beitrag, der sich mit der Marke Thor Steinar befasst.

Umfeld aller dieser Läden hat sich in Hamburg unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden Protest formiert. So auch in Barmbek.

## Strategien gegen Naziläden: Auf der Straße ...

Die Ankündigung der Ladenöffnung in Barmbek war erst am Tag der Eröffnung selbst in den sozialen Medien aufgetaucht und verbreitet worden. Es dauerte nicht lange, bis das bunte Plakat mit der Aufschrift „Barmbek sagt Nein zu Thor Steinar – kein Naziladen in der Fuhle 257“ in vielen Schaufenstern der Fuhlsbüttler Straße, einer zentralen Einkaufsstraße, die im Stadtteil als „Fuhle“ bekannt ist, zu sehen war. Eine erste Kundgebung gegen den Laden fand eine Woche nach der Eröffnung statt. Wie breit die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Auseinandersetzung war, zeigte sich etwa bei der ersten großen Demonstration gegen den Laden am 20.5.2017, zu der neben antifaschistischen Initiativen auch diverse Geschäfte, gastronomische Einrichtungen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Kultur- und Bildungseinrichtungen und Stadtteilinitiativen aufriefen. Es gab im Stadtteil diverse Informationsveranstaltungen über extrem rechte Strukturen in Hamburg und die Marke Thor Steinar.

Auch um den Laden herum wurde auf Flugblättern, selbstgestalteten Plakaten, Aufklebern und Transparenten Kritik am Laden zum Ausdruck gebracht. Die Initiative „Barmbek gegen Rechts“ organisierte unter anderem beharrlich Mahnwachen, jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag vor dem Laden.<sup>2</sup>

Auch die Bezirksversammlungsebene wurde aktiv. Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg verabschiedete eine Resolution mit der Forderung den Laden zu schließen, die von allen Parteien (mit Ausnahme der AfD) unterstützt wurde. Das Bezirksamt Hamburg-Nord klagte wegen der Kamera am Geschäft, da sie gegen das Bundesdatenschutzgesetz verstöße, wenn sie öffentlichen Raum und Passant\_innen vor dem Laden aufzeichnet. Die Klage, die dem

2 Ein Interview mit der Initiative „Barmbek gegen Rechts“ findet sich im Monitor Nr. 8.

## Weitere Informationen unter:

Schluss.Punkt.Aus. Aktionsbeispiele gegen rechte Szeneläden: <http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/files/2012/11/SchlussPunktAus.pdf>

Laden ein Ende bereiten sollte, war dann aber die der Gemeinschaft der Eigentümer\_innen des Gebäudes.

## ... und vor Gericht!

Der Laden selbst befand sich im Erdgeschoss eines Gebäudes, das unterschiedlichen Eigentümer\_innen gehört. Als der Laden eröffnete, waren einige entsetzt, als sie vom Hintergrund des Ladens in ihrem Haus erfuhren, und erklärten, dass sie davon nichts wussten und damit auch nicht einverstanden seien. Als Eigentümergemeinschaft entschieden sie sich, juristisch gegen den Vermieter und die Vermietung der Ladenfläche vorzugehen. Wie die Taz berichtete, hatte das Amtsgericht Barmbek schon im August 2017 die Vermietung als „extreme Belastung“ eingestuft. Der Vermieter der Ladenfläche sollte daraufhin das Mietsverhältnis umgehend beenden, wogegen Widerspruch eingelegt wurde.

Am 1.12.2017 fand die nächste und letzte Gerichtsverhandlung der Eigentümergemeinschaft der Fuhlsbüttler Straße gegen den Vermieter der Ladenfläche im Amtsgericht Barmbek statt. Das Urteil vom August wurde bestätigt bzw. der Anwalt des die Ladenfläche besitzenden Vermieters sicherte zu, dass der Mietvertrag am 31.1.18 enden wird und daher keine weiteren Zwangsmaßnahmen zur Schließung des Ladens notwendig würden.

In Barmbek zeigte wie wirkungsvoll sich die unterschiedlichen Strategien in der Auseinandersetzung mit dem rechten Laden in der Nachbarschaft ergänzen. Der Protest aus dem Stadtteil machte die juristische Einschätzung einer nicht zumutbaren Belastung für den Stadtteil und die Mieter\_innen des Gebäudes möglich. Hätte Barmbek nicht deutlich Stellung bezogen und Haltung gezeigt, hätte das Gericht sich darauf nicht beziehen müssen.

Wie erwähnt war der Laden in Barmbek nicht der erste Versuch und er wird auch nicht der letzte Versuch sein, einen solchen Laden in Hamburg zu etablieren. Es geht weiter darum, die Erfahrungen voriger Auseinandersetzungen um rechte Läden zu sammeln, aus ihnen zu lernen, sie zu teilen und sie bei der nächsten Gelegenheit zur Verfügung zu halten. Daneben gilt es, weiter aufmerksam zu sein. Nicht alle Läden, die für extrem rechte Strukturen in Hamburg von Bedeutung sind, machen es uns so einfach, dass sie sich an einer Marke wie Thor Steiner erkennen lassen.

Keine Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte Gruppen: [http://www.mbr-koeln.de/wp-content/uploads/2012/02/ibs-handreichung\\_keine-raeume\\_fuer\\_nazis.pdf](http://www.mbr-koeln.de/wp-content/uploads/2012/02/ibs-handreichung_keine-raeume_fuer_nazis.pdf)

STOP Thor Steinar – Analyse, Kritik und Umgang mit einer umstrittenen Marke: [http://aino.blogsport.eu/files/2013/07/stop\\_thor\\_steinar\\_broschuere\\_2012\\_web.pdf](http://aino.blogsport.eu/files/2013/07/stop_thor_steinar_broschuere_2012_web.pdf)

# Jalta: Selbstermächtigung – Desintegration – Allianzen

Von Hannah Peaceman und Lea Wohl von Haselberg

Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart erscheint seit April 2017 halbjährlich im Neofelis Verlag.3 Wir, Hannah Peaceman und Lea Wohl von Haselberg, die Autorinnen dieses Textes, haben die Zeitschrift gemeinsam mit Micha Brumlik, Marina Chernivsky, Max Czollek und Anna Schapiro im Jahr 2016 gegründet. Unsere Redaktion ist divers: Sie umfasst mehrere Generationen, hat viele Migrationsgeschichten, ist interdisziplinär und hat verschiedene Zugänge zum Judentum. Entsprechend vielfältig sind die Formate in Jalta: Künstlerische, essayistische und wissenschaftliche Beiträge stehen gleichberechtigt nebeneinander und verteilen sich auf fünf Rubriken, die die Ausgaben auf die gleiche Weise strukturieren.

Einig in unserer Vielfalt waren wir uns von Anfang an darin, dass in der Öffentlichkeit ein Forum fehlt, auf dem jüdische Positionen eingenommen und entwickelt werden können, die sich den Vorstellungen entziehen, die es in der Dominanzgesellschaft von Jüdinnen und Juden gibt, auf dem darüber auch diskutiert und gestritten werden kann. Damit stellen wir uns zugleich quer zu der Haltung, die größere jüdische Institutionen durchaus vertreten (haben) – jüdischer Dissens und damit auch jüdische Vielfalt dürfe nur hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

Der Name *Jalta* ruft verschiedene Assoziationen wach. Er bezieht sich auf die Jüdin namens Jalta aus dem Talmud. Ihr wurde eines Abends von einem Freund ihres Mannes der Segen über den Wein verweigert, weil sie eine Frau war. Wütend lief sie in den Keller und soll 400 Krüge Wein zerschlagen haben. Jalta gilt als Vorkämpferin für Gleichberechtigung. In der Tradition dieser wütenden Feministin sehen wir uns. Jalta ist außerdem der Name eines Ortes auf der Halbinsel Krim. Im Februar 1945 wurde hier über das Schicksal des fast besiegten Deutschlands gesprochen. Viele der heute in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden sind seit den 1990er Jahren aus dieser Region nach Deutschland eingewandert und wir alle leben in einem postnationalsozialistischen

3 <https://www.neofelis-verlag.de/zeitschriften-reihen/jalta-positionen-zur-juedischen-gegenwart/022017-015778-desintegration/> (zuletzt besucht am 01.01.2018)

Deutschland. In der ersten Rubrik jedes Heftes „(Nach) Jalta“ gehen wir diesen Assoziationen um den Titel nach.

Jedes unserer Hefte hat einen Themenschwerpunkt, der der zweiten Rubrik ihren Namen gibt. Die ersten drei Hefte tragen die Titel Selbstermächtigung – Desintegration – Allianzen. Selbstermächtigung ist im April 2017 erschienen und spiegelt retrospektiv eine Suche wider. Die Autor\*innen des ersten Heftes zeigten auf vielfältige Weisen, wie ihre Migrationsgeschichten ihre Haltungen formten, welche Lücken sich in Deutschland sichtbar machen lassen, wie man sie füllen könnte, aber auch welche Gemeinsamkeiten es mit anderen Minderheitengruppen geben könnte. Die Selbstermächtigung bestand zunächst vielfach in der Verweigerung von Zuschreibungen, im Kritisieren von Unsichtbarkeiten und in Abgrenzungen. Deutlich wird: Jüdische Selbstermächtigung heißt Sichtbarkeit jüdischer Vielfalt und Sichtbarkeit jüdischen Dissens.

Das zweite Heft, das im Oktober 2017 erschienen ist, trägt den Titel Desintegration. Die Autor\*innen forderten hier eine jüdisch-muslimische, jüdisch-feministische, jüdisch-türkische, jüdisch-x Leitkultur, die sich gegen die geschichtsvergessenen, rassistischen, ausschließenden und abwertenden Integrationsparadigmen stellt. Das zweite Heft ist unmittelbar nach der Bundestagswahl am 24. September 2017 erschienen, bei der eine Partei mit faschistischen Tendenzen in das Parlament gewählt wurde (Weiß 2017: „Revitalisierung eines Radikal-Konservatismus, [...] der sich fluchtet auf ein völkisch-autoritäres System“ oder Konicz 2017 (unter Angabe zahlreicher Belege): „Dieses Ins-Extrem-Treiben der AfD transformiert die Partei in eine völkische Formation, die immer stärker ordinär „nationalsozialistische“ Positionen vertritt [...] hier formt sich eine rechtsextremistische Nazipartei aus“<sup>4</sup>). Jalta bildet hiergegen

4 Weiß, Volker (2017): [http://www.deutschlandfunkkultur.de/ueber-den-populismus-der-afd-man-darf-nicht-in-panik.990.de.html?dram:article\\_id=382822](http://www.deutschlandfunkkultur.de/ueber-den-populismus-der-afd-man-darf-nicht-in-panik.990.de.html?dram:article_id=382822) (letzter Aufruf 11.04.18); Konicz, Tomasz: AfD: Keiner kann mehr sagen, von alledem nichts gewusst zu haben, in: <https://www.heise.de/tp/features/AfD-Keiner-kann-mehr-sagen-von-alledem-nichts-gewusst-zu-haben-3834973.html?seite=all> (letzter Aufruf 11.04.18); außerdem weiterführend Leggewie, Claus (2016): Auf dem Weg in den Faschismus, in: <http://www.fr.de/kultur/afd-auf-dem-weg-in-den-faschismus-a-340586> (letzter Aufruf 11.04.18); Kemper, Andreas (2015) in: <https://andreakemper.org/2015/02/09/afd-rhetorik-oder-was-ist-faschismus/> (letzter Aufruf 11.04.18); Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, S. 117: „Wer [...] nach 1945 wie die AfD und andere rechte Gruppierungen immer noch mit der „Volksgemeinschaft“ hantiert, befindet sich stets in der geistigen Nähe des Nationalsozialismus, denn nach den Verbrechen des NS-Regimes, die im Namen der „Volksgemeinschaft“ begangen wurden, gibt es keinen „unschuldigen“ Gebrauch des Begriffs mehr.“; Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische



Allianzen. Und so stehen im dritten Heft, das im April 2018 mit dem Themenschwerpunkt Allianzen erscheinen wird, politische Bündnisse von Minderheitengruppen und Solidarisierten im Fokus. Wir diskutieren Möglichkeiten der politischen Emanzipation, Modi der Kritik und fragen konkreter, auf welche Weisen Jüdinnen und Juden über deutsche und jüdische Erwartungskontexte hinweg als Bündnispart-

ner\*innen zur Verfügung stehen können. Mit dem dritten Heft gehen wir in die Offensive und zeigen, dass „wir“ alle gestaltender Teil dieser Gesellschaft sind.

Die dritte Rubrik von Jalta trägt den Titel „Juden\* und ...“. In dieser Rubrik beschäftigen sich die Autor\*innen ironisch und ernsthaft, kritisch, spielerisch und stirnrunzelnd mit Assoziationen über Jüdinnen und Juden. In welchem Verhältnis stehen eigentlich Jüdinnen und Alkohol? Welche Geschichte teilen Jüdinnen und Juden mit Hunden? Wie eine jüdische Prinzenhochzeit aussieht, wird man in der dritten Ausgabe von Jalta nachlesen können.

In der vierten Rubrik sammeln wir Beiträge über Themen, die „Übersehen, Vergessen, Verdrängt“ sind. Das sind Hinweise auf Jüdinnen und Juden, die im post-nationalsozialistischen Deutschland vergessen wurden, auf ihr Schaffen, ihre Haltungen. Im zweiten Heft haben wir eine Petition des Bundesromaverbands abgedruckt, der für Sinti und Roma einen „Kontingentsflüchtlingsstatus“ fordert, analog zu dem Status, mit dem Juden und Jüdinnen nach Deutschland einwandern dürfen.

„Streitbares“ findet sich in der fünften Rubrik. Wir pflegen hier noch mal explizit die jüdische Debattenkultur und drucken Texte ab, die kontroverse Themen anschneiden, etwa über die Beschneidungsdebatte oder über den Antisemitismus Heideggers und den Versuch, diesen kleinzureden.

In Jalta soll Raum sein für Kontroversen. Wir verstehen uns als Mitglieder der Postmigrationsgesellschaft und streben nach der Realisierung einer Gesellschaft, die auf radikaler Diversität basiert. Zu einem solchen Zusammenleben gehört es dazu, Widersprüche sichtbar zu machen und auszuhalten. So finden sich manchmal innerhalb einer Ausgabe von Jalta widersprüchliche Perspektiven.

In Jalta schreiben nicht nur Jüdinnen und Juden. Wir suchen die Debatte mit anderen Minderheitengruppen und mit allen Solidarisierten, mit Wissenschaftler\*innen, Aktivist\*innen und Künstler\*innen, die sich

Bildung, Bonn 2017, insbesondere Kapitel 3: Der Weg der AfD - Die Sammlung der Kräfte, S. 64 -92.

mit jüdischen Perspektiven befassen oder Schnittmengen mit diesen sehen. Und wir wollen als Verbündete zur Verfügung stehen.

Deshalb haben wir uns als Redaktion im Kontext des Tribunals NSU-Komplex auflösen solidarisch positioniert.<sup>5</sup> Als Autor\*innenkollektiv<sup>6</sup> haben wir u. A. die Verweigerung der Aufklärung durch die deutschen Behörden und die Unsichtbarmachung der Betroffenen von Rassismus angeklagt, uns solidarisch erklärt mit den Opfern und Angehörigen der Mordserie und des gesellschaftlichen Rassismus. Wir haben uns verweigert und uns gewehrt gegen die uns als Juden und Jüdinnen vorgeschriebenen Rollenbilder, gegen Opferkonkurrenzen, gegen den Rassismus in den eigenen Reihen.

Im Kontext des Tribunals haben wir, Hannah und Lea, einen Workshop zum Thema NSU und Antisemitismus angeboten, in dem wir der Verschränkung von Antisemitismus und Rassismus nachgegangen sind und die Unsichtbarmachungen beider Diskriminierungsformen beleuchtet haben. Einen Text hierzu findet ihr in der zweiten Ausgabe von Jalta.<sup>7</sup>

Wir positionieren uns in Zeitungsartikeln, z. B. gegen die deutsche Leitkultur, oder auf Podiumsveranstaltungen und treten klar für die Idee einer Postmigrationsgesellschaft ein, für die Jalta auch steht. Wir wehren uns gegen die einseitige Projektion des Antisemitismus durch die deutsche Dominanzgesellschaft auf die „Anderen“ (respektive „die Muslime“ / „die Flüchtlinge“). Die Skandalisierung des „Antisemitismus der Anderen“ geht nicht selten mit einer Empathieverweigerung den Betroffenen von eben diesem Antisemitismus einher. Darin zeigt sich, dass diese einseitige Auslagerung nicht nur dazu dient, die eigenen antisemitischen Ressentiments zu verleugnen, sondern auch weitere rassistische Ausgrenzungen und Delegitimierungen schafft.

Dem setzen wir die Forderung nach einem Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein entgegen sowie nach einem selbstkritischen Umgang mit Antisemitismus und Rassismus in allen Communities. Mit den unterschiedlichen Beiträgen in Jalta versuchen wir, nicht nur eine größere Sensibilität für Multiperspektivität zu schaffen, sondern auch einen Raum für den Schmerz, geteilte oder ähnliche Erfahrungen. Dabei handelt es sich mitunter um vorsichtige, tastende Gesprächseröffnungen, die sich durch ein ‚weiches‘ Sprechen ebenso auszeichnen wie durch ein Zuhören. Hier werden Fäden ausgelegt, die wir künftig weiterverfolgen wollen.

5 Das Tribunal NSU-Komplex auflösen fand im Mai 2017 in Köln stand. Das bundesweite antirassistische Bündnis hatte es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Perspektiven der Betroffenen und Angehörigen der rassistischen Mordserie in den Mittelpunkt zu stellen, den institutionellen Rassismus sichtbar zu machen und gesellschaftlich Anklage zu erheben. Mehr unter: <http://www.nsu-tribunal.de/> (zuletzt besucht am 10.01.2018)

6 „Nous accusons“, nachzulesen unter <http://www.nsu-tribunal.de/news03/> zuletzt besucht am 10.01.2018)

7 In der zweiten Ausgabe von Jalta haben Lea und Hannah einen Text zum Thema NSU und Antisemitismus verfasst.

# Denk-Male des Rassismus – Was war und ist der NSU?

Von Dan Thy Nguyen und Lee Hielscher

Die erste Zeit nach Veröffentlichung des NSU-Bekennervideos durch Beate Zschäpe war staatlicherseits von intensivierten Anerkennungsmaßnahmen gegenüber den Opferfamilien geprägt. Die Bundesregierung lud alle Angehörigen zu einer zentralen Trauerveranstaltung nach Berlin ein. Im Zentrum dieser Veranstaltung steht ein Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, das bis heute für viele der betroffenen Familien zentraler Bezugspunkt ist: Die lückenlose Aufklärung der NSU-Taten. Die Untersuchungsausschüsse auf Bundes- wie Landesebene sowie der Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht haben zahlreiche Erkenntnisse geliefert, größtenteils aber die bestehenden Lücken der Aufklärung als solche bestätigt und gefestigt. Für die Betroffenen hat sich der Schmerz eher noch vergrößert, denn viele der Erwartungen an eine sich an die Wiederherstellung des Opferstatus anschließende Aufmerksamkeit für ihre Wünsche wurden enttäuscht. Noch immer wehren sich Bundesländer wie Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern gegen die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen. Obwohl ein viel weiter verzweigtes nationalsozialistisches Untergrundnetzwerk als je zuvor angenommen belegt ist, begrenzt die Generalbundesanwalt aktiv die Ermittlungen und Verfolgung des NSU-Netzwerkes. Ein Verfassungsschützer, dessen Anwesenheit beim Mord an Halit Yozgat durch eine unabhängige forensische Untersuchung belegt ist, wird weiterhin aus der Staatskasse bezahlt.

Die staatliche Unterstützungs- und Gedenkarbeit für die Opfer des NSU-Terrors ist dem Grunde nach nicht an zeitliche Bearbeitungsfristen gebunden wie ein Untersuchungsausschuss, verläuft allerdings ähnlich begrenzt. Nachdem die Bürgermeister der Tatortstädte eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten und, teilweise unter dem Druck nicht-staatlicher Gedenkinitiativen, Erinnerungsstätten einrichteten, ist auch in den Tatortstädten keine aktive staatliche Aufmerksamkeit für die Opferfamilien mehr festzustellen. Das Engagement für Hinterbliebene der NSU Opfer reduziert sich auf die jeweiligen Todestage und findet an mehreren Orten nur in Verbindung mit der Opferbeauftragten Bar-

bara John statt, welche als einzige staatliche Institution seit 2011 einen durchgängigen Kontakt zu den Angehörigen hält. Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung mit den Taten des NSU und ihrer gesamtgesellschaftlichen wie staatlichen Unterstützungsarbeit findet ebenfalls in einem beschränkten und dem Ausmaß der Mordserie inadäquaten Umfang statt.

In Hamburg lässt sich das Engagement für die Opfer des NSU und ihrer Forderung nach Aufklärung schnell zusammenfassen: Die Stadt Hamburg hat die Einrichtung eines Gedenkortes und die Umbenennung einer Straße in Bahrenfeld gefördert sowie zu einer Ausstellung zu den NSU-Opfern im Rathaus eingeladen. In einer Drucksache wird darauf verwiesen, dass der NSU auch in Fortbildungen von Polizeibeamten thematisiert worden sein soll, wozu jedoch keine genaueren Informationen zu Inhalten, Verantwortlichen oder Teilnahmehzahlen dieser Fortbildungen vorliegen. Fortbildungen im Landesamt für Verfassungsschutz werden hier nicht erwähnt.<sup>8</sup>

Das Engagement für ein Gedenken an den ermordeten Süleyman Taşköprü entstand in engerer Zusammenarbeit mit den anderen Tatortstädten als mit der Familie. Die Gedenktafel übernimmt die gemeinsame Bürgermeistereierklärung: „Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt worden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder!“

8 Drucksachen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 21/4526, 21/5185 und 21/11622



## Wie gestaltet sich ein Gedenken des NSU-Terrors?

Die Praktiken des Mitleides, des Mitempfindens von Schmerz und Trauer einer anderen Person sind zunächst etwas Zwischenmenschliches. Sie setzen Bestätigung in die andere Person für die Schwere ihres Schmerzes. Zum anderen soll das Mittrauern den Schmerz des anderen aber auch mindern, durch das Teilen von Schmerzen, die Gesamtlast der Schmerzen kleiner machen. Anteil nehmen bringt dies auch sprachlich recht konkret zum Ausdruck. Dies zu leisten ist wiederum eine Herausforderung, denn es braucht eine gegenseitige Vertrauensbeziehung, um sich auf diese Wunden einzulassen und ein Vertrauen des Gegenübers, eine andere Person an diese Wunden heranzulassen. Im Kontext der NSU-Morde ist das kaum möglich, denn hier gibt es zwischen den Opferfamilien und den Teilnehmenden von Gedenkveranstaltungen keine Vertrauens- und oftmals nicht mal eine Kennbeziehung. Zudem sind die hier Bemitleidenden erst gekommen, als die Mörder\*innen ihre Taten eindeutig veröffentlicht hatten. Erst das NSU-Bekennervideo hat den Opferfamilien Anerkennung gebracht, all die Jahre zuvor durften sie keine Opfer sein, sondern wurden als Mittäter\*innen diffamiert. Ihrer Trauer wurde nicht bemitleidet und sie erhielten keinerlei Unterstützung, als sie es am dringendsten brauchten. Damit steht die Seite der heute Mittrauernden unter einem Erklärungszwang, die Ernsthaftigkeit

ihrer Handlungen unter Beweis zu stellen. Häufig finden Gedenk und Trauerveranstaltungen eingebettet in politische Reden über die Notwendigkeit der Anteilnahme statt. Die Taten werden geächtet und die lange fehlende Ermittlung ebenfalls betrauert. Dabei ist die fehlende Ermittlungsarbeit und die systematische Aberkennung jeder Glaubwürdigkeit der Aussagen von Opferfamilien nichts, was zu betrauern, sondern politisch zu thematisieren wäre.

Im Endeffekt stehen für die Betroffenen des NSU-Terrors wenige konkrete Ergebnisse dieses Mittrauerns da. Denn nichts mindert ihr Leid und nichts heilt ihre Wundmale. Zugleich stehen um die Betroffenen nun Politiker, die zahlreiche Versprechungen tätigten, aber keine konkreten Veränderungen oder Ergebnisse erzeugten.

Ayşen Taşköprü, Schwester des Hamburger Mordopfers Süleyman Taşköprü, überschrieb ihren Text im Buch „Unsere Wunden kann die Zeit

nicht heilen“ (2014) mit einem sehr eindeutigen: „Lasst uns einfach in Ruhe“. Es ist eine Absage an jegliches Aufsuchen von Opfern des NSU und jegliche Aufwartung von Mitleid. Taşköprü stellt dem entgegen: „Wir wollen kein Mitleid, wir wollen Aufklärung!“ und bringt damit zum Ausdruck, dass es um konkrete Handlungen geht und nicht um Mithilfe oder Mitleid beim Umgang mit der Trauer.

Ausgerechnet die Stadt Hamburg aber bemühte sich ausgesprochen intensiv um die öffentlich wahrnehmbare Bemitleidung der Familie. Als einzige Stadt, die eine Straße nach einem Opfer des NSU umbenannt hat und ein Denkmal vor dessen ehemaligen Laden errichtete, ist es um die öffentliche Wahrnehmbarkeit des NSU-Terrors besser bestellt als an anderen Orten. Allerdings wurde nicht die Straße am Tatort umbenannt, sondern der Teilabschnitt einer nur für Durchgangsverkehr genutzten Parallelstraße. Ein am Tatort installierter Gedenkstein war zudem nach drei Jahren bereits derart verwittert, dass keine Inschrift mehr zu lesen war. Die direkt davor platzierte Gedenkstätte der Familie ist nicht durch das Wetter beeinflusst.

So gibt es heute in Hamburg zwar ein öffentliches Denkmal für Süleyman Taşköprü, es fehlt allerdings die Öffentlichkeit für das Gedenken. Lediglich am Tag der Einweihung bekundeten Politiker\*innen der Stadt Hamburg sowie der Bundesregierung der Familie ihr Beileid. Darauf folgte bis heute nichts weiteres im Sinne der Familie. Keinerlei Ermittlungs- oder Aufklärungsbemühungen sind festzustellen, sondern lediglich die Zurschaustellung, dass Polizei und Verfassungsschutz den NSU-Terror nicht absichtlich übersehen hätten.

Maja Figge und Katja Michaelsen (2015) bezeichnen dies als eine Detthematisierung der Taten: Im Kontext des NSU haben wir es zunächst mit einer Täter-Opfer-Umkehr zu tun, da nicht allein die Morde und Anschläge das Leid der Angehörigen schufen, sondern insbesondere die ausschließlich gegen sie gerichteten Ermittlungen. Dies werde aber kaum thematisiert, stattdessen wurden die Täter- und Opferrollen wieder zurückgetauscht und eine öffentlich wahrnehmbare Trauer praktiziert, um die Opfer zu rehabilitieren. Diese intensive Rehabilitierung der Opfer ersetzt in den meisten Fällen eine Entschuldigung oder konkrete Entschädigung für jenen Schmerz, der erst durch die Aberkennung des

Opferstatus und die jahrelange Kriminalisierung der Opferfamilien entstand. Die Betroffenen des Kölner Nagelbombenanschlages prägten für diese Erfahrungen die Formulierung der „Bombe nach der Bombe“. Mit dieser zweiten, durch Polizei, Verfassungsschutz, Politik, Medien und Gesellschaft gezündeten Bombe muss sich die Gesamtgesellschaft auseinandersetzen, in einem langen Prozess. Es reicht nicht aus, sich nach dem Bekanntwerden des NSU-Terrors lediglich auf die Seite der Opfer zu stellen, ihnen Mitleid zu zeigen und zwei Selbstverständlichkeiten zu bestätigen: dass Nazis schlecht seien und dass Morde ein Verbrechen seien.

## Künstlerische Formen der gesellschaftlichen Verarbeitung

Während Gedenkkorte immer wieder zu Inszenierungen und Rehabilitierungen des Staates werden, während die Betroffenen mit den Wundmalen des Rassismus weiterleben müssen, gibt es vermehrt einzelne Künstler\*innen und Künstler\*innenkollektive, die sich mit diesen Themenkomplexen beschäftigen, da ja z. B. die Mittel des Theaters verschiedene Möglichkeiten eröffnen können, Rassismus zu thematisieren bzw. rassistische Pogrome und Morde zu bearbeiten. Doch genauso wie ein staatlich inszeniertes Gedenken muss sich das Theater mit der eigenen Einbettung in hegemoniale Gedenkkultur auseinandersetzen und den Fokus auf sogenannte Täter\*innenperspektiven reflektieren. Und so scheint es, dass es oftmals Parallelen zwischen staatlichem und künstlerischem Gedenken gibt: Die Opfer scheinen häufig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden zu sein. Eines der ersten Theaterstücke zum NSU-Komplex war Elfriede Jelineks „Das schweigende Mädchen“. Ihr Fokus liegt hier auf Beate Zschäpe und ihrer ersehnten erwarteten Aussage vor der Justiz. Das Stück schafft zwar Aufmerksamkeit für die Taten des NSU, jedoch nicht für deren Bedeutungsebenen. Das Publikum wird ausschließlich auf die Täter\*innen fokussiert und auf deren Auftreten im Prozess vor dem Münchner OLG. Die Opfer sind völlig verschwunden und alles konzentriert sich auf die Hoffnung nach Erlösung durch die schweigende Beate Zschäpe.

Die Verhandlung der Taten stellt auch das Stück „Urteile“ von Christine Umpfenbacher, Tunay Önder und Azar Mortazavi in den Mittelpunkt, es verschiebt jedoch grundlegend Verständnis und Aushandlungsfläche dieser Urteile. Hier gibt es keine staatlichen Institutionen, welche die Aushandlung übernehmen. Es gibt den Betroffenen Raum, ihre

Geschichte zu erzählen, und steigert so in jeder Szene die Auseinandersetzung des Publikums mit diesen unzähligen schmerzvollen Erlebnissen. Erlösung, wie sie sich Jelinek vorstellt, gibt es in diesem Stück nicht, sondern ein Umkehren der Sichtweisen, der Wahrnehmungen, in denen wir alle verwurzelt sind. Am Ende entsteht für das Publikum die Frage, ob auch es selbst den Platz der alles beobachtenden Statist\*innen innehat, die sich als letzte im Stück enttarnen.


Während die Erzählungen der Betroffenen zu einem Theaterraum verdichtet werden, haben die Produktion des „Sonnenblumenhauses“ von Dan Thy Nguyen über das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die „NSU-Monologe“ von der Bühne für Menschenrechte über die Familien Şimşek, Kubaşık und Yozgat die direkte Erzählung der Opfer in den Theaterraum gebracht und stellen unter Verzicht auf den Großteil der inszenatorischen Möglichkeiten, welche von der reinen Rede ablenken könnten, ausschließlich die Erzählung in den Mittelpunkt. Es wird ein Raum geschaffen, in dem die über Jahre verwehrt Aufmerksamkeit auf den Opfern liegt. Das Publikum muss sich so mit dem Schmerz auseinandersetzen, hat aber keine Möglichkeit zu antworten, sich hinter Betroffene zu stellen oder Mitleid zu praktizieren. Es muss sich mit dem Gehörten und Durchlebten auseinandersetzen und kann sich erst nach den jeweiligen Stück im Rahmen eines Nachgesprächs äußern.

Dies gelingt, indem sich die Autor\*innen in ihrer dokumentarischen Praxis auf die Betroffenen konzentrieren, und durch die Mittel der Oral History entstehen aus Interviews und Zeitzeug\*innenaussagen Texte, welche sogenannte „Opferperspektiven“ nicht als inhaltlichen Beitrag einer Theaterproduktion ansehen, sondern als Theaterraum selbst. Im Rahmen von Theaterproduktion können Lebenserfahrungen, Perspektiven und Biographien auf einer persönlichen, emotionalen und kritischen Ebene verarbeitet werden, um dann in direkten Dialog mit einem persönlich anwesenden Publikum zu treten. Das Theater kann damit eine Kunstform sein, welche die Grenzen eines intellektuellen Diskurses aufbrechen und emotional komplexe Themen seinen Zuschauern zugänglich machen kann.

Durch diesen Vorgang kann ein Denk- und Gedenkraum entstehen, in dem Formen der Aufarbeitung und Formen von Erinnerungs- und Gedenkkulturen ausgehandelt werden können.

Das Theater des Gedenkens an rassistische Pogrome und Morde kann außerdem als ein Akt des künstlerischen Protestes gegen die Mauer des Schweigens angesehen werden. Menschen in den Fokus zu rücken, welche zu wenig oder gar nicht gehört worden sind, ihnen einen Raum zu geben, sie öffentlich sprechen zu lassen und ihre Version der Geschichte zu verstehen versuchen, kann als eine Art Widerstand bzw. Protest gegen das Ignorieren und das Verbannen eines Komplexes aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein gedacht werden. Es bedeutet, sich eben nicht mit einem gesellschaftlichen Zustand, in dem Rassismus in seinen vielfältigen Ausformungen möglich ist, zufriedenzugeben.

Ein Theater, das sich dieses Vorhabens annimmt, schafft daher zugleich auch Räume für die Konfrontation mit marginalisierten Perspektiven. Und so können die Grenzen zwischen Kunst und politischem Aktivismus stellenweise verschwimmen.



Ein potentielles Missverständnis muss jedoch hierbei angesprochen werden: Durch eine (auch künstlerische) Aufarbeitung kann Unrecht nicht wieder ungeschehen gemacht werden bzw. können die Toten nicht wieder zum Leben erweckt werden. Außerdem können Theaterproduktionen nicht die Wunden der Betroffenen heilen.

Christoph Schlingensiefels Credo, dass Kunst zum Beispiel heilen kann, hat viele Künstler\*innen jahrelang geprägt. In seinem Leben, in welchem Kunst mit sozialem Engagement eng verbunden war, hat er versucht, u. a. durch Verarbeitung und Aufarbeitung, eine Heilung zu finden. Seine Bedeutung für die jüngere europäische Geschichte der Kunst in verschiedensten Disziplinen kann nicht unterschätzt werden. Jedoch besteht die Gefahr, innerhalb der Anwendung des Begriffes der Aufarbeitung in Verbindung mit dem Begriff der Erinnerung und der Kunst eine Art romantisierende Kraft in ihn hineinzuzinterpretieren. Der Glaube, dass durch eine Gedenkkultur bzw. eine Gedenkkunst eine Gesellschaft von den Übeln z. B. des Rassismus befreit bzw. „geheilt“ werden kann, ist Überstilisierung und Mythisierung der Macht der Kunst. Es drängt Künstler\*innen eine Aufgabe auf, nämlich die Gesellschaft zu „retten“ oder zumindest eine Vorreiterposition darin einzunehmen. Dabei ist es aber die Verantwortung aller Teile der Gesellschaft, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen.

## Was wird der NSU?

Nach über fünfjähriger Verhandlungszeit wird dieses Jahr ein Urteil im „NSU-Prozess“ gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Emminger, Holger Gerlach und Carsten Schulze vor dem Münchner Oberlandesgericht erwartet. Auch wenn die über 70 Hinterbliebenen der Mordopfer, die zugleich Nebenkläger\*innen sind, auf einen baldigen Schuldspruch hoffen, stellt der NSU-Prozess für viele von ihnen eine weitere bittere Erfahrung dar. Während die Beweislast bereits vor dem Verfahren gegen die fünf Angeklagten sprach, erhofften sich die Nebenkläger\*innen durch das Verfahren endlich Erkenntnisse und Antworten dazu, warum ihre Angehörigen ermordet wurden. Da diese Erwartungen in mehrfacher Hinsicht enttäuscht wurden, läuft mit dem Ende des NSU-Prozesses auch die Zeit ab, die durch die NSU-Taten wie die Ermittlungen in ihrem Zusammenhang offenbar gewordenen gesellschaftlichen Verhältnisse zu thematisieren. Damit besteht die Frage, welche Ausgangspunkte, Räume und Gedenkort im Kontext der Taten und Bedeutungsebenen des NSU-Terrors bestehen und welchen Nachhall die größte zusammenhängende Dokumentation des modernen Rassismus in Deutschland in Zukunft entfalten wird. Angesichts der im selben Zeitraum festzustellenden Wiedererstarke rechter, neonazistischer und rassistischer Diskurse, Gruppierungen und Mobilisierungen steht einmal mehr die Frage im Raum, welche Konsequenz das breite Bekanntwerden des NSU nach sich gezogen hat? Auf einer institutionellen Ebene muss ein ernüchterndes Resümee gezogen werden: Keines. Als knappe sechs Monate nach der Festnahme von Beate Zschäpe in Berlin-Neukölln auf eine Gruppe von jungen Männern geschossen wurde und der 19-jährige Burak B. ermordet wurde, ermittelte die Polizei erneut nicht in Richtung eines rassistischen Tatmotivs. Obwohl der bekannte Neonazi Rolf Z. in unmittelbarer Nähe wohnt, welcher ein Jahr später einen jungen Briten in Nordneukölln erschoss. Als im Dezember 2017 ein mit Schrauben gefüllter Sprengsatz am Hamburger S-Bahnhof Veddel explodierte, wies die Polizei bereits einen Tag nach der Festnahme des Täters Stephan



K. darauf hin, dass K. keine größere Rolle mehr in der Neonaziszene spielte. Stephan K. hatte 1992 in Buxtehude Günther S. zu Tode geprügelt, nachdem Günther S. in einem Gespräch Hitler als größten Verbrecher der Menschheit bezeichnete. Mehrere Presseberichte wiesen zwar auf diesen Hintergrund hin, bestätigten jedoch eine polizeiliche Info, dass

Stephan K. mittlerweile eher im Trinkermilieu verortet sei und eventuell auch am Tattag betrunken war. Durch derartige Äußerungen wirkt eine politisch motivierte Tat abwegig. Durch derartige Äußerungen wirkt eine politisch motivierte Tat abwegig. Dabei muss nach dem NSU und den verheerenden Schlüssen, welche die Polizei zu den Tatumständen zog, bei Beteiligung von neonazistisch gesinnten Täter\*innen wie auch bei Anschlägen in migrationsgeschichtlich geprägten Stadtteilen eine besonders sensible Ermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit bindend werden. Die Hamburger Polizei hat hier dem Anschein nach leider keinerlei Fortschritte vorzuweisen. Stattdessen ist der Anschlag auf der Veddel aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden. Derartige Polizeipraktiken legen nahe, dass die Gründe für die vereitelte Ermittlung der NSU Taten unverändert sind.

Das Öffentlich werden der NSU Taten hat Wahrnehmung wie auch Verständnis des Rechtsterrorismus nicht verändert.

Der Blick auf den NSU ist vor allem ein verkürzter und strafprozessualer. Es ist die Frage, welche Taten einer auf fünf Personen eingegrenzten Gruppe Angeklagter eindeutig nachgewiesen werden können. Dabei

müsste in einer politischen Auseinandersetzung mit dem NSU gleichermaßen diskutiert werden, welches Nichthandeln die Taten des NSU begünstigte, ihre Erfolge festigte und ihre Wirkung vertiefte. Zugleich ist zu dokumentieren und zu reflektieren, wie die schmerzvollen Taten des NSU durch den Umgang mit den angegriffenen Familien noch gesteigert und verstärkt wurden. Für beides gibt es eindeutige Zeugnisse: Es sind die angegriffenen Familien selbst, welche die Hauptzeug\*innen des Geschehenen sind und die Wundmale des Rassismus bis heute tragen. Aufmerksamkeit für sie und für ihre Male des Rassismus ist rar und brüchig. Die Aufmerksamkeit für sie muss aktiv geschaffen werden, es braucht vielfältige Gedenkorte, an denen der Opfer gedacht und über Rassismus nachgedacht wird. Ob dies stattfinden wird, hängt davon ab, ob die Post-NSU-Gesellschaft die Aufmerksamkeit für den NSU-Komplex an dem Tag beendet, an dem die Aktendeckel in München geschlossen werden.

Figge, Maja / Michaelsen, Anja (2015): Das „rassifizierte Feld des Sichtbaren“. Deutungen des NSU-Terrors 2004-2011. In: Zeitschrift für Medienwissenschaften 13. 107–117.

Taşköprü, Ayşen (2014): Lasst uns einfach in Ruhe. In: John, Barbara (Hg.): Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. 56–64.

# Blitzlichter Rechts

**Anfang September 2017** NPD Wahlkampf - kurze Lautsprecherfahrt in einem Hamburger Randgebiet, vereinzelt Verteilaktion von Flyern. Die „Identitäre Bewegung“ hängt gefakte Wahlplakate der Grünen mit rassistischem Inhalt auf und versucht, am Rande des Auftritts von Angela Merkel zu stören.

**25.9.17** Einen Tag nach der Bundestagswahl werden in Elmshorn Geflüchtete vor einer Unterkunft von mehreren Männern bedroht, die dabei AfD-Fahnen schwenken.

**28.9.17** Die Polizei durchsucht die Wohnung eines Reichsbürgers in Rahlstedt. Waffen und Munition werden beschlagnahmt.

**Anfang Oktober** Die „JN Nordland“ begeht ihre jährliche Wanderung zum „Tag der deutschen Einheit“ entlang der ehemaligen DDR-Grenze. Dieses Mal in der Nähe des Schaalsees.

**12.11.17** Der Hamburger Verfassungsschutz korrigiert die Zahl der Reichsbürger\_innen in Hamburg auf 120 Personen. Von Ihnen werden 10% als rechtsextrem eingeschätzt.

**19.11.17** Volkstrauertag – Neonazis legen an verschiedenen Kriegsdenkmalern Kränze ab, auch die „Junge Alternative“ und die „Identitäre Bewegung“. Letztere verbreiten dabei auch ein Gerücht geplanter Antifa-Angriffe auf Erinnerungsorte.

**22.11.17** Der AfD-Fraktionschef räumt ein, ein Liederbuch mit dem Titel „Schlachtruf“ herausgegeben zu haben, das auch Nazi-Lieder enthält. Dies tat er in seiner Studienzeit, während der er in München Mitglied der rechten Burschenschaft „Danubia“ war.

**09.12.17** Neonazistische „Winterhilfe“ – die NPD verteilt an einige deutsche Obdachlose Kleidung und dokumentiert dies für rassistisch-propagandistische Zwecke in den sozialen Medien.

**17.12.17** Der verurteilte Totschläger und Neonazi Stephan K. zündet einen Sprengsatz auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Veddel. Eine Person wird verletzt. Die Hamburger Medien verharmlosen Stephan K. als „Trinker“, „wohnungslos“ oder „Ex-Nazi“ und bagatellisieren den Sprengsatz mit rassistischen Begrifflichkeiten zu Feuerwerkskörpern.

**15.1.18** Die Identitäre Bewegung Hamburg startet eine „Kampagne“ zur Übernahme von Vormundschaften minderjähriger Geflüchteter, um sie dann zur Ausreise zu bewegen.

**5.2.18** Am Jungfernstieg demonstrieren unter dem Motto „Merkel muss weg“ 40-60 Personen aus verschiedenen rechten Spektren, unter anderem organisierte rechte Neonazis.

Übrigens twittet das MBT auch. Unter @mbt\_hamburg finden sich aktuelle Meldungen zu rechten Aktivitäten in und um Hamburg, aber auch Hinweise auf spannende Texte, Projekte oder Veranstaltungen.

## Literatur:

Andreas Speit (Hg.): **Reichsbürger - Die unterschätzte Gefahr**, Berlin, Verlag Chr. Links, 2017

„In Deutschland werden mehr als 12 000 Menschen zu den sogenannten Reichsbürgern gerechnet. Für sie ist die Bundesrepublik kein souveränes Staatsgebilde, sondern bestehen die Deutschen Reiche aus der Zeit vor 1945 fort. Gegenwärtig würden fremde Mächte im Hintergrund die Fäden ziehen. Manche von ihnen gründen auch eigene Reiche, wie etwa der König von Deutschland in Wittenberg, stellen eigene Pässe und Führerscheine aus. Viele erkennen die deutschen Behörden nicht an, verweigern Bußgeldzahlungen und Steuern. Lange Zeit hielt der deutsche Staat die Angehörigen dieser Szene für Spinner und tat sie als ungefährlich ab - bis im Oktober 2016 ein Polizist in Franken von einem Reichsbürger erschossen wurde. Der ausgewiesene Rechtsextremismus-Experte Andreas Speit beleuchtet zusammen mit zehn Fachleuten die Ideologie und die Akteure der verschiedenen Reichsbürger-Gruppierungen. Sie analysieren deren Weltbild und beschreiben, wie ihnen angemessen begegnet werden kann.“

Judith Goetz, Joseph Maria Sedlacek, Alexander Winkler (Hg.): **Untergangster des Abendlandes. Ideologie** und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘, Hamburg, Marta Press, 2017

„Die rechtsextremen ‚Identitären‘ gehören ohne Zweifel zu den wichtigsten Akteur\*innen des außerparlamentarischen Rechtsextremismus in Österreich. [...] Bisherige Auseinandersetzungen mit diesem relativ jungen Phänomen übernahmen nicht selten unkritisch Selbstbezeichnungen der ‚Identitären‘ als „weder links noch rechts“ oder „Neue Rechte“ und ließen dahinter stehende ideologische Denkmuster meist zu kurz kommen. Der vorliegende Sammelband nimmt daher eine kritische Analyse dieser Selbstinszenierungen vor, indem die hinter dem „identitären“ Denken stehenden Vordenker und Ideologeme wie (Neo-)Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus analytisch durchdrungen und mit anderen Formen des Rechtsextremismus in Verbindung gesetzt werden. Ergänzend werden bislang vernachlässigte Themen wie subkulturelle Bezüge der ‚Identitären‘, propagierte Geschlechterbilder, Rhetoriken der Angst sowie ihr Verhältnis zu Islamismus und eurasischer Ideologie ins Zentrum der Analyse gerückt. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, wie sich der rechtsextreme Charakter der ‚Identitären‘ begründen lässt und inwiefern von

einer modernisierten Form des Rechtsextremismus gesprochen werden kann.“

Isabella Greif / Fiona Schmidt: **Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt. Eine Untersuchung struktureller Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat**, Potsdam, WeltTrends, 2018

„Auch mit Abschluss des NSU-Prozesses gibt es mehr offene Fragen als Antworten. Dies liegt auch in der Verantwortung der Behörde des Generalbundesanwalts. Die Autorinnen untersuchen, welche institutionellen Strukturen den staatsanwaltschaftlichen Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt prägen und welche strukturellen Defizite sich daraus ergeben, die es Behörden wie der Bundesanwaltschaft ermöglichen, die Rolle staatlicher Sicherheitsbehörden einer strafrechtlichen Aufklärung zu entziehen.“

Meron Mendel (Hg.) & Astrid Messerschmidt (Hg.): **Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft**, Frankfurt/M, Campus Verlag, 2017

„Antisemitismus ist in Deutschland ein beständiges Problem. Von der Öffentlichkeit verpönt, bestehen Ressentiments gegen Juden etwa in verkürzter Kapitalismuskritik oder in der radikalen Ablehnung des Staates Israel. Mit der zunehmenden Einwanderung nach Deutschland verschärft sich diese Konstellation: In der migrationsfeindlichen Abwehr gegen fremd gemachte Andere wird der Antisemitismus derer, die sich zu einer national definierten Mehrheitsgesellschaft zählen, oft den angeblich Fremden zugeschrieben. Der Band fragt, wie Bildungsarbeit auf diese Entwicklung reagieren kann.“

Sabine Hark / Paula-Irene Villa (Hg.): **Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen** (2. Auflage), Bielefeld, transcript Verlag, 2015

„Sexualität und Gender werden immer wieder zu Schauplätzen intensiver, zum Teil hoch affektiver politischer Auseinandersetzungen. Ob es um die Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule oder die Gender Studies an den Hochschulen geht – stets richtet sich der Protest gegen post-essentialistische Sexualitäts- und Genderkonzepte und stets ist er von Gesten heldenhaften



Tabubruchs und Anti-Etatismus begleitet.

Dieses Buch versammelt erstmals sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen zum so genannten »Anti-Genderismus« im deutschsprachigen und europäischen Kontext. Die Beiträge zeigen, dass die Diffamierungen bisweilen auch Verknüpfungen etwa mit christlich-fundamentalistischen Strömungen oder mit der Neuen Rechten aufweisen.“

## Broschüren:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT) und empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Hg.): **Rassismus als Terror, Struktur und Einstellung - Bildungsbaustein NSU-Komplex**

„Mit dem NSU-Komplex sind wir mit einem häufig unbenannten Ausmaß an Rassismus und organisierter rechter Gewalt konfrontiert. Der Bildungsbaustein zum NSU-Komplex „Rassismus als Terror, Struktur und Einstellung“ soll mit einem Schwerpunkt auf Hamburg einen Überblick über Leerstellen und Widerstände bieten.

Den vollständigen Bildungsbaustein finden Sie hier als PDF zum Download: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D347839919.pdf>

Neben umfassender Analyse und Berichten bietet der Bildungsbaustein auch Material für die praktische pädagogische Arbeit. Vorge stellt werden acht verschiedene Methoden für die Bildungsarbeit zum Thema NSU-Komplex. Alle Methoden zusammen inklusive der Kopiervorlagen finden Sie hier: <https://hamburg.arbeitundleben.de/mbt/NSU-Bildungsbaustein>“

Bundesverband Mobile Beratung e.V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und dem Kulturbüro Sachsen e.V. (Hg.): **Ignorieren? Entzaubern? Widersprechen? Neue Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen**

„Derzeit beschäftigt alle demokratischen Parteien im Bundestag die schwierige Frage, wie man eigentlich mit Rechtspopulist\_innen und Rechtsextremen im Parlament umgehen soll. [...] Hier einen Umgang zu finden, der das Dilemma von Opferinszenierung der AfD auf der einen und deutlicher Reaktion der Parteien auf der anderen Seite auflöst, ist für die Parlamentarier\_innen eine große Herausforderung. Dabei gibt es aus den Landesparlamenten, in denen die AfD teilweise seit Jahren sitzt, schon viel Erfahrung und Beispiele für souveräne Reaktionen auf den Rechtsruck. [...]“

Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus aus allen 16 Bundesländern haben ihre Erfahrungen und Beobachtungen gesammelt und ausgewertet. Herausgekommen sind 36 Seiten voller praktischer Anregungen zum Handeln.“

Hier können Sie die Veröffentlichung herunterladen (PDF, ca. 840kb): [http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/12/BMB\\_2017-Umgang-mit-rechtspopulistischen-Parteien.pdf](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/12/BMB_2017-Umgang-mit-rechtspopulistischen-Parteien.pdf)

## Projekte:

**Neue Wege - Prävention von Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

„Das primäre Projektziel ist es, Jugendliche für Antisemitismus zu sensibilisieren und sie zu einer kritischen Auseinandersetzung mit manifesten wie latenten antisemitischen Inhalten in Medien und Politik anzuregen. [...] Das Projekt will innovative und jugendgerechte Ansätze und Konzepte für eine Auseinandersetzung mit historischen und gegenwärtigen Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft entwickeln und erproben. Die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen werden anderen Trägern und Institutionen zugänglich gemacht, auf die sie bei ihrer Arbeit mit Jugendlichen zurückgreifen können. Im Rahmen des Projektes werden Workshops und andere Veranstaltungen mit Jugendlichen realisiert, um ihre Medienkompetenzen auszubauen und ihre Kritikfähigkeit im Umgang mit anti-semitischen Inhalten zu schärfen.“

Mehr Infos: <http://tghamburg.de/neue-wege/>

## Veranstaltungen:

**Ringvorlesung „Migration macht Gesellschaft“ ab dem 10.04.2018, jeweils 18-19:30Uhr, an der HAW, Alexanderstraße 1, Hamburg**

„Seit 2010 veranstaltet die Fakultät Wirtschaft und Soziales an der HAW Hamburg die Ringvorlesung „Migration macht Gesellschaft“. Mit dem Titel „Migration macht Gesellschaft“ soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden:

1. Dass Migration konstitutiv für Gesellschaft ist, also den Normalfall darstellt. Denn wie bspw. die Diffusionstheorie uns lehrt, haben wir es Migrationsbewegungen zu verdanken, dass unsere Erdkugel so bevölkert ist, wie wir sie heute kennen.
2. Mit der Mehrdeutigkeit des Begriffs „macht“ im Titel der Ringvorlesung soll auf die hegemonialen Machtprozesse, die heutzutage

mit Migrationsphänomenen assoziiert sind, mit ihren weit reichenden Folgen für Individuen und Gesellschaft im Kampf um Zugang zu gesellschaftlichen, symbolischen und materiellen Ressourcen, hingewiesen werden.

Institutionen Sozialer Arbeit und (hoch-)schulischer Bildung, die qua Auftrag für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit zu sorgen haben, agieren im Spannungsfeld zwischen der Abschaffung von diskriminierenden Verhältnissen und deren Reproduktion.

Diese diskriminierenden Machtprozesse und ihre vielfältigen Konsequenzen im Kontext der Migrationsgesellschaft theoretisch zu reflektieren, Widersprüche bzw. Konsequenzen für das professionelle Handeln aufzuzeigen und diese gesellschaftspolitisch einzuordnen ist das, was mit dieser Vortragsreihe intendiert wird.“

Programm und weitere Informationen unter:  
<https://migrationmachtgesellschaft.wordpress.com/>

**NSU-Komplex und keine Ende in Sicht - Solidarität in den Blick nehmen! 26.04.2018, 19:45Uhr, Kölibri/GWA St. Pauli e.V., Hein-Köllisch-Platz 11 + 12, Hamburg**

In der Veranstaltung wird der Blick auf die im in der öffentlichen Debatte wenig beachteten Gewaltverhältnisse von Rassismus und Antisemitismus im NSU-Komplex gelegt. Wir wollen die Sichtwei-

sen darstellen und stärken, die in der Mehrheitsgesellschaft wenig Beachtung findet. In diesem Sinne wollen wir uns der Herausforderung stellen die Komplexität des NSU-Komplex aufzuzeigen und die tragenden gesellschaftlichen Strukturen einzubeziehen. Dabei soll in der Veranstaltung über Beispiele und Notwendigkeiten von solidarischer Haltung gesprochen werden, um Erfahrungen sichtbar zu machen und mögliche Handlungsstrategien zu entwerfen. Daraus ergeben als mögliche Fragen für die Diskussion: Was heißt es Bündnisse zu schließen und zu tragen mit Blick auf Rassismus und Antisemitismus? Wie kann dies an Orten der Angriffe thematisierbar sein? Welche Verknüpfungen und Verbindungen der Ideologeelemente lassen sich aufzeigen? Und wie funktioniert das Zusammenspiel der Gewaltverhältnisse Rassismus und Antisemitismus? An diesem Abend wollen wir mit Hannah Peaceman und Emre Arslan diese und weitere Fragen diskutieren.

Wir bitten um Anmeldung mit dem Betreff: NSU-Komplex und keine Ende in Sicht - unter [office@arbeitundleben.de](mailto:office@arbeitundleben.de) bis zum 11.04.2018.

Bitte geben Sie ihren Namen und den Veranstaltungstitel an. Sie bekommen bis zum 16.04. Rückmeldung auf die Ihre Anmeldung.

## Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten Akteur\_innen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten Aktivist\_innen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von Einzelpersonen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

## Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de  
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de  
www.hamburg.arbeitundleben.de  
www.dgb-jugend-nord.de

## Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

Die Netzwerkpartner\_innen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter. Tel: 040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Mehr Infos unter:

[www.hamburg.de/beratungsnetzwerk](http://www.hamburg.de/beratungsnetzwerk)

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Hamburg

Herausgeber\_innen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-202

E-Mail: [mbt@hamburg.arbeitundleben.de](mailto:mbt@hamburg.arbeitundleben.de), Twitter: @mbt\_hamburg

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Melani Klarič, Müge Zünbül

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und keine Meinungsäußerung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung, die Meinungen der AutorInnen geben nicht in jedem Fall die Meinung der BASFI wieder.